

Rede der Kreisvorsitzenden der LINKEN Teltow-Fläming, Kornelia Wehlan, auf der 1. Tagung des 3. Kreisparteitages am 26. November 2011 in Luckenwalde

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

vor zwei Jahren hatten wir unseren Kreisparteitag in Dobbrikow und dieser stand sehr deutlich unter dem Eindruck der ersten Wochen von Rot-Rot in Brandenburg und unserem Sonderparteitag, der im Oktober 2009 erstmals eine Kooperationsvereinbarung mit Beteiligung der LINKEN in Teltow-Fläming beschlossen hat. Mittlerweile sind zwei Jahre ins Land gezogen und im Land wie hier in Teltow-Fläming kann DIE LINKE eine gute Zwischenbilanz vorweisen.

- Mit Rot-Rot hat die **Bildung** erstmals einen anderen – einen besonderen Stellenwert im Land. Es werden 2.000 Lehrer neu eingestellt – 750 mehr, als noch im Koalitionsvertrag vereinbart. Gleichzeitig werden zusätzlich 150 Plätze für Referendare geschaffen, so dass die Zahl der Ausbildungsplätze auf insgesamt 900 steigt.
- Das **Kita**-Wahlversprechen ist eingelöst. Die geplanten 900 zusätzlichen Stellen konnten zu Jahresbeginn auch tatsächlich besetzt werden – durch Neueinstellungen und Erhöhung der Beschäftigungsumfänge bei Teilzeitkräften. Dafür stellt das Land jedes Jahr 36 Mio. Euro zur Verfügung. Es gibt das Schüler-Bafög und eine größere Unterstützung der frühkindlichen Förderung und Sprachförderung.
- Liebe Genossinnen und Genossen, es bleibt ein bundesweiter Skandal, dass Löhne trotz harter Arbeit nicht zum Leben reichen. Wir helfen dabei dies endlich zu ändern. Wir haben ab 1.1.2012 den **Mindestlohn** per Vergabegesetz. Öffentliche Aufträge sind künftig an die Zahlung eines Mindestlohns von acht Euro gekoppelt und wir haben damit das getan, was in unserer Macht auf Landesebene steht.

Ich darf an dieser Stelle an die Brandenburger Niedriglohnstrategie des alten CDU-Wirtschaftsministers erinnern, die uns damals als notwendiger Standortvorteil für Brandenburg vermittelt wurde. Nun, heute, zwei Jahre später, wird in der CDU über Mindestlöhne diskutiert – über ein Konzept, das allgemeinverbindliche Lohnuntergrenzen für alle Branchen festlegen soll, in denen kein tariflicher Abschluss existiert. Rot-Rot in Brandenburg, DIE LINKE in Deutschland, wirkt, liebe Genossinnen und Genossen, selbst bei der CDU. Trotzdem bleibt Kritik. Beispielsweise bleiben im Konzept der CDU Branchen mit Tarifabschlüssen außen vor – auch wenn diese unterhalb der Grenze von geringverdienern liegen (8,95 Euro). In Brandenburg sind nur 30 Prozent der Betriebe tarifgebunden. 70 Prozent der Betriebe bleiben also außen vor. Skandalös ist auch, dass es im Osten niedrigere Mindestlöhne geben soll als im Westen. Mit den von Frau Merkel ins Spiel gebrachten unter sieben Euro im Osten würden weiterhin Beschäftigte auch in Vollzeitarbeit von zusätzlichen Hartz-IV-Leistungen abhängig sein. Das wollen wir nicht. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn – auch und gerade weil wir wissen, dass wir in Teltow-Fläming 3.452 erwerbstätige ALG II-Leistungsbezieher im Landkreis Teltow-Fläming haben. Menschen, die nicht von ihrer Hände Arbeit leben können und zusätzliche Leistungen beziehen müssen.

- Und ein drittes Beispiel: während andere Bundesländer ihren Haushalt auf Kosten der kommunalen Finanzkraft konsolidieren, sollen in Brandenburg 2012 die allgemeinen Schlüsselzuweisungen um rund 167 Mio. Euro erhöht werden.

Mit der Einführung eines Demografiezuschlags bei hohen Bevölkerungsrückgängen und einer Finanzausgleichsumlage für besonders wirtschaftlich starke **Kommunen** verfolgen wir das Ziel, die finanzielle Situation der Kommunen zu stabilisieren und den interkommunalen Finanzausgleich solidarisch auszubauen.

Anrede,

Rot-Rot in Brandenburg hat für frischen Wind gesorgt und für bessere Rahmenbedingungen auch auf kommunaler Ebene. Unsere Markenzeichen: Bildung, Soziales und Wissenschaft werden weiter mit Vorrang finanziert. Und das hilft uns sehr – auch hier in Teltow-Fläming.

Rot-Rot in Brandenburg ist zurzeit die einzige Koalition dieser Art. Ich kann mir in den anderen Parteien viele vorstellen, die sich wünschen, es wäre auch die letzte. Das heißt nicht, dass wir um jeden Preis an dieser Koalition festhalten sollen. Aber Maßstab und Grundlage unserer Arbeit ist der Koalitionsvertrag. Dieser wurde mit großer Mehrheit auf dem Landesparteitag angenommen. Was dort vereinbart wurde, wird umgesetzt. Und dabei wissen wir, dass unser Wahlprogramm an vielen Stellen darüber hinausgeht.

Bürgerinitiativen, u. a. gegen Fluglärm und Windkraftanlagen, fordern Lösungen, die nicht oder kaum umsetzbar sind. Wir haben noch nicht gelernt, damit umzugehen. Aber wir dürfen uns nicht zurückziehen und schweigen. Auch wenn am Ende nur eine kleine Verbesserung oder ein Kompromiss herauskommt lohnt es sich.

Mit den Regionalkonferenzen und den regelmäßigen Beratungen der Landtagsfraktion mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden und Kreisvorsitzenden haben wir die Möglichkeit uns auszutauschen, zu fragen und wo nötig auch zu kritisieren. Man kann eines nun ganz bestimmt nicht behaupten, dass sich die MinisterInnen der LINKEN wegduckten und nicht den Fragen der BürgerInnen stellen würden. Ich erinnere da an Helmuth Markov, Volkmar Schöneburg, Anita Tack und Ralf Christoffers, die uns insbesondere im Bürgermeisterwahlkampf vielfach unterstützt haben. Einen herzlichen Dank auch an dich, liebe Dagmar, für deine Unterstützung.

Anrede,

mit dem Parteitagsbeschluss vor zwei Jahren über die Beteiligung der LINKEN an einer Kooperation ist DIE LINKE in Teltow-Fläming erstmals in Regierungsverantwortung. Und wir haben mit Kirsten Gurske eine 1. Beigeordnete, die mit ihrer fachlichen und sachlichen Arbeit allseits anerkannt ist. Dafür dir, liebe Kirsten, unseren aufrichtigen Dank. Und es war richtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir damals gesagt haben: Zuerst vereinbaren wir uns inhaltlich und dann wird über die Personalie gesprochen. Die Kooperationsvereinbarung trägt deutlich die Handschrift der LINKEN zu würdig bezahlter Arbeit, besseren Bildungschancen, im Kampf gegen Armut und Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung in der kommunalen Energie-, Umwelt- und Klimapolitik. Daseinsvorsorge ist für uns eine Frage der öffentlichen Hand. Das ist eines unserer Markenzeichen und das soll es auch bleiben.

Mit diesen inhaltlichen Vereinbarungen war es beispielsweise möglich, schon formulierten Streichungsbeschlüssen bei den freiwilligen Aufgaben in der Haushaltsdebatte 2011 deutlich entgegen zu treten. Und ich sage es ganz deutlich, die Streichung der so genannten freiwilligen Leistungen würde zu tiefen Einschnitten in den Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger führen. Diese umfassen beispielsweise das Sozialticket, die Bereitstellung von Gebührenermäßigungen und Gebührenbefreiungen, um Chancengleichheit im Zugang zu Bildung, zur Volkshochschule, zur Kreismusik-

schule, der Fahrbibliothek, dem Landschulheim, wie auch bei der Benutzung von Sporthallen und Museumsbesuchen. Auch die Richtlinie für ambulante soziale Dienste, Behindertenfahrcoupons und das Netzwerk für gesunde Kinder gehören dazu.

Die Linksfraktion verschließt sich nicht über eine bessere interkommunale Zusammenarbeit des Landkreises mit seinen Gemeinden und anderen Maßnahmen nach Möglichkeiten für weitere Einsparungen zu suchen. Dafür haben wir auch konkrete Vorschläge gemacht. Einer bloßen Streichung aber stimmen wir nicht zu.

Und noch ein Wort zu den freiwilligen Leistungen: Diese betreffen nicht einmal drei Prozent des kreislichen Haushaltsvolumens. Es wird der Eindruck vermittelt, dass bei Streichung dieser der Landkreis ad hoc mit seinen Schulden aus dem Schneider wäre. Das ist mitnichten so. Nein, dazu sind strukturelle Maßnahmen notwendig.

Eine wirklich strukturelle Einsparung wäre zukünftig für den Kreishaushalt möglich, wenn die von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Bildungspaket ausgehandelte Übernahme der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung konkret umgesetzt wird. Das soll schrittweise für 2012 mit 45 %, 2013 mit 75 % und 2014 mit 100 % erfolgen. Das wären 2014 fast 5,3 Millionen Euro. Hier müssen wir den Druck auf die Bundesregierung erhöhen um wirklich ab 2012 die Einsparungen in unserem Haushalt zu haben. Vor allem aber sollten wir darauf drängen, dass diese Einsparungen nicht an anderer Stelle drauf gelegt bzw. abgezogen werden, wie es ja beim Bildungspaket in Teilen bei den Kosten der Unterkunft der Fall war.

Liebe Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE nimmt die Haushaltskonsolidierung ernst, viele Maßnahmen haben wir dazu eingebracht und beschlossen. Ich hätte mir zu unseren Oppositionszeiten gewünscht, dass die CDU eine ähnliche Ernsthaftigkeit an den Tag gelegt hätte. Doch damals war es in der Regel so, dass die Haushaltsdokumente der Verwaltung 1:1 vorgelegt und 1:1 beschlossen wurden. Es war ja noch nicht die Zeit, sich mit den Folgewirkungen über Entscheidungen des eigenen Tuns ernsthaft auseinander zusetzen und auch nicht mit Fragen wie Defizit, Konsolidierung und Verantwortung für zukünftige Generationen. Es wurde noch aus dem Vollen geschöpft – wenn gleich das Glas schon halbleer war. Denn in Abwägung der Folgekosten war schon damals erkennbar, was heute bittere Realität ist: Wir haben ein strukturelles Defizit – angewachsen aus Krediten für Kreishauses, B 101 und Immobilienkauf.

Erst mit der jetzigen Fraktionskooperation wendet sich der Kreistag diesen Fragen mit einer größeren Ernsthaftigkeit zu, fordert Verwaltungshandeln ab, und wir wollen die bessere Einbeziehung der Bürgermeister. Und ich weiß, eine Entscheidung zur Kreisfinanzierung der vierten Spur der B 101 wäre heute nicht mehr möglich – zumal durch die lange Bauzeit das damalige Ziel, die schnelle Anbindung des strukturschwachen Südens an den wirtschaftlich stärkeren Norden und den Metropolenraum Berlin mehr als konterkariert wurde. Ohne diese Entscheidung, liebe Genossinnen und Genossen, hätten wir heute ein um 24 Millionen Euro geringeres Haushaltsproblem. Oder anders gesagt: Wir hätten kein Haushaltsproblem! Und, weil die CDU über ein ausgeprägtes Kurzzeitgedächtnis verfügt, das hat die hiesige CDU übrigens mit der im Land gemeinsam, an diesem Haushaltsdefizit war die Eichelbaum-CDU aktiv beteiligt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

natürlich ist ein Defizit keine gute Ausgangsbedingung für eine linkere Politik in Teltow-Fläming, denn auch die kostet Geld. Aber nicht nur, manchmal auch nur eine bessere Idee, eine konsequentere Schwerpunktsetzung, ein besseres Verwaltungs- und Haushaltscontrolling, eine bessere Netzwerkarbeit und Kommunikation mit den Gemeinden und Bürgermeistern. Und diese Arbeit lohnt

sich – für Bürgerinnen und Bürger, deren Lebensalltag wir hier vor Ort etwas verbessern bzw. erträglicher gestalten wollen. Das ist der Grund unseres Tuns und daran richten wir unsere Arbeit aus. Und deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir – die Fraktionskooperation – neben der fachlichen Begleitung der Arbeit der Verwaltung mit eigenen Anträgen initiativ sind.

Von „Teltow-Fläming spart Strom“ - Energiesparberater für einkommensschwache Familienhaushalte, über Anträge zum Erhalt des Amtsgerichts in Zossen, der Sicherung der Polizeiwachen im Landkreis, der Beteiligung am Programm „Arbeit für Brandenburg“, zu den Flugrouten am BER, der nachhaltigen Energieerzeugung und Haushaltskonsolidierung, zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in der Region Dahme, für einen Appell des Kreistages Teltow-Fläming "Deutschland sagt Nein zur Atomkraft - Abschalten jetzt!", der verstärkten Einflussnahme durch den Landkreis Teltow-Fläming auf die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming, der Erklärung und Aufgabenbenennung des Kreistages Teltow-Fläming gegen Korruption und Amtsmissbrauch, für ein kommunales Handlungskonzept zur Bildung von Kreisenergiewerken und, und, und.

In der nächsten Kreistagssitzung werden wir Anträge einbringen für ein Verkehrssicherheitskonzept zur Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen und Kindertagesstätten im Landkreis und einen Appell an die Landes- und Bundesregierung, den KrWG-Gesetzentwurf des Bundes in der abschließenden Bundesratsbefassung nicht mitzutragen, da ansonsten die kommunale Abfallwirtschaft massiv gefährdet wird.

Ich möchte mich bei der Kreistagsfraktion bedanken für diese engagierte Arbeit und auch, dass wir wieder im neuen Kreisvorstand mit den vorliegenden Kandidaturen eine gute Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion sichern werden.

Anrede,

vor zwei Jahren in Dobbrikow haben wir aber noch eine dritte Etappe eingeläutet – die weitere Diskussion und Beschlussfassung zu unserem Programm. Vor wenigen Wochen hat der Erfurter Parteitag der LINKEN mit großer Mehrheit dem Entwurf des Parteiprogramms seine Zustimmung gegeben. Wir befinden uns im Endspurt des Mitgliederentscheids. Mit der Programmdiskussion und vor allem mit ihrem Abschluss haben wir gezeigt: DIE LINKE ist **eine** Partei. Wir haben ein Programm was eint und nicht spaltet. Dies war wichtig, weil wohl jede und jeder von uns sich in den letzten Monaten mehr als einmal gefragt hat: Worüber streiten die eigentlich? Wo ist das Problem? Und geht es dabei überhaupt noch um die Probleme dieser Gesellschaft und der Menschen? Und dabei haben sich in den letzten Jahren Veränderungen in diesem Land ergeben, die immer mehr Menschen an diesem System zweifeln und manche verzweifeln lassen.

Da haben plötzlich andere Parteien, selbst die bürgerlichen, Vokabeln verwendet wie „Finanztransaktionssteuer“. Das sind unsere Vorschläge, liebe Genossinnen und Genossen. Und dafür haben uns damals die anderen Parteien und Medien nieder gemacht und die Antikommunismuskeule geschwungen. Plötzlich sind diese Ideen sehr tauglich, aber kaum jemand in der Bevölkerung hat sie noch mit der LINKEN im Sinn. Warum ist das so? Gregor Gysi hat auf dem Bundesparteitag gesagt: Die Menschen sind kapitalismuskritisch geworden. Das ist noch nicht antikapitalistisch und das ist noch nicht prosozialistisch. Das stimmt, sicher. Aber, wenn sich eine Partei mehr mit sich selbst als mit den Fragen des Lebensalltags der Menschen beschäftigt, wird sie abgelehnt.

Wir nehmen für uns in Anspruch, und ich denke auch völlig zu recht, dass wir die demokratische Partei mit der deutlichsten und fundiertesten Kapitalismuskritik sind. Wir sagen, „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte“. Aber wir müssen dringend dahin zurück, dass die Menschen

auch genau das wieder von uns wahrnehmen und nicht Flügelkämpfe und endlose Personaldebatten.

Unser Parteiprogramm wird in einem Mitgliederentscheid beschlossen Und Christa Schubert und ich, die wir in Erfurt dabei waren, werben dafür, zuzustimmen. Ich will das auch an dieser Stelle tun. Jede und jeder wird eine Aussage finden, mit der er/sie sich nicht völlig einverstanden fühlt. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir in den Grundsätzen das wiederfinden, was uns bewegt und was uns als LINKE ausmacht:

- Wir sind die antikapitalistische Partei mit sozialistischen Zielen.
- Wir sind die Antikriegspartei.
- Wir sind die Partei, die sich gegen die Diktatur der Finanzmärkte stemmt.

Wir meinen nicht, dass der Markt alle Probleme richtet und deshalb solidarische Systeme überflüssig wären. Im Gegenteil, wir meinen: Die solidarischen Sicherungssysteme sind ein unverzichtbarer Schutzwall gegen die hemmungslose Entfesselung der Märkte. Wir sind gegen die weitere Aushöhlung der solidarischen Arbeitslosenversicherung, der solidarischen Krankenversicherung und der solidarischen Rentenversicherung.

Viele Menschen sind empört, dass in Deutschland, in einem der reichsten Länder der Welt, Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre rasant steigt. Armut und Reichtum werden in dieser Gesellschaft immer mehr von Generation zu Generation vererbt. Das müssen wir ändern und das wollen wir ändern! Der Niedriglohnsektor gehört abschafft. Damit bekommen sieben Millionen Menschen ihre Würde wieder. Wir wollen Mindestlöhne einführen, Hartz IV überwinden und Renten armutssicher machen. Wir wollen eine solidarische Mindestrente. Das, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Hauptbotschaften unseres Programms.

Anrede,

welche Aufgaben stehen vor uns:

1. Mitgliedergewinnung, Verjüngung der Vorstände und Fraktionen

Für jede Partei – auch für uns – ist es von existenzieller Bedeutung neue, und vor allem junge Mitglieder zu gewinnen. Unser vor zwei Jahren formuliertes Ziel, die 400-Mitglieder-Marke nicht zu unterschreiten, haben wir nicht erreicht. Wir haben zwar durch fünf Neueintritte und sechs Zuzüge elf Mitgliederzuwächse zu verzeichnen, haben aber vor allem durch Wegzug und Ableben von Genossen 28 Mitglieder verloren. Wir sind jetzt 383 Mitglieder im Kreisverband. Wenn es nur gelänge, von unseren insgesamt 66 Kommunalabgeordneten, 17 der insgesamt 28 parteilosen Mandatsträger der LINKEN enger an uns zu binden, hätten wir unser Ziel erreicht.

Der heute neu gewählte Kreisvorstand muss und wird sich dieser Aufgabe verstärkt zuwenden. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Orts- und Regionalverbände. Notwendig ist eine Arbeitsgruppe zur Gewinnung neuer Mitglieder und Sympathisanten, um die Verjüngung der Vorstände und Fraktionen spürbar voran zu bringen. Die längerfristige Herangehensweise zur Sicherung der Partei- und Mandatsarbeit im Regionalverband Teltow-Fläming-Süd bildet eine solide Grundlage zum Erfahrungsaustausch. Wie heißt es so schön: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die Hälfte der Legislaturperiode der Gemeinde-, Stadt- und Kreistagsvertretungen ist um. Heute schon müssen wir an die personelle Absicherung für die Landtagsdirektmandate denken. Über konkrete Projekte in den jeweiligen Wahlkreisen sollten wir unsere Frauen und Männer jetzt schon öffentlich bekannter machen. Im IV. Quartal 2012 sollten wir zu diesem Thema eine Aktivenkonferenz durchführen, zur Analyse der Lage in den Orts- und Regionalverbänden, den personellen und inhaltlichen Schwerpunkten in Vorbereitung der Wahlen, besonders auf kommunaler Ebene.

2. Mit verantwortlicher Finanzarbeit politische Projekte sichern

Die Finanzarbeit im Kreisverband ist sehr eng mit der Gewinnung neuer Mitglieder und Sympathisanten verbunden. Eine solide Finanzarbeit braucht eine solide Mitgliederstruktur und Sympathisanten, die für politische Projekte der LINKEN, wie beispielsweise das Familienfest am 1. Mai in Luckenwalde, den JüterRock, das Osterhasen- und Zuckertütenfest in Jüterbog, gern etwas geben. Die Bürgermeisterwahlen in Zossen und Jüterbog haben gezeigt, dass, wenn Personen und Inhalte überzeugen, es eine große Spendenbereitschaft über unsere eigene Mitgliedschaft hinaus – bis rein in die Wirtschaft – gibt.

Wie ihr im Tagungsmaterial seht, waren die Einnahmen per 31.12.2010 um 11.435,59 Euro höher als die Ausgaben. Per 30.09.2011 sind es 6.263,90 Euro. Wir haben also gut gewirtschaftet und die Finanzarbeit mit den Bürgermeisterwahlkämpfen – entsprechend unserer Finanzordnung – gut organisiert. Der durchschnittliche Beitrag je Mitglied und Monat liegt 2011 bei 16,54 Euro. Damit sind wir im guten Mittelfeld des Landes. 2010 lagen wir noch bei 16,02 Euro.

Auch für die Zukunft ist es unerlässlich, dass sich der Kreisvorstand kontinuierlich mit der Finanzarbeit beschäftigt. Die Möglichkeit der Mandatsträgerbeiträge sollte über die Orts- und Regionalverbände besser kommuniziert und genutzt werden. Die Vereinbarung des Kreisvorstandes mit der Kreistagsfraktion werden wir 2011 erneuern.

Ich möchte allen Basisgruppen und den Mandatsträgern der LINKEN danken, die mit ihrem Beitrag und ihrer Mandatsträgerspende eine sichere Grundlage für unsere politische Arbeit gelegt haben. Besonders danke ich unserer Schatzmeisterin, Brigitte Paul, die nach vier Jahren nicht mehr antritt und ihr Amt an Gabi Pluciniczak abgibt.

Aber auch die finanzpolitisch solide Arbeit der Kreisfinanzrevisionskommission unter Leitung von Christa Schubert darf an dieser Stelle nicht vergessen werden. Vielen Dank dir, liebe Christa und auch Regina Thier für eure langjährige Arbeit. Ihr geht jetzt sozusagen in den wohlverdienten Ruhestand. Und ich bin erleichtert, dass mit Annette Schreiber noch ein Erfahrungsträger da ist und mit den Kandidaturen um Christa Wetzel unsere Finanzrevisionskommission auch zukünftig gut arbeitsfähig ist. Sehr gefreut habe ich mich auch, dass du, liebe Erika Kirschner, bereit bist zur Unterstützung. Wir wollen dich einfach wieder ein bisschen näher bei uns haben.

3. Projektarbeit, Kampagnen und Wahlen

Diesem Aufgabenfeld wollen wir in der Arbeit des Kreisvorstandes einen größeren Stellenwert einräumen. Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, dass es uns zukünftig noch besser gelingen muss, die Zeiten zwischen den Wahlen mit konkreter Projekt- und Kampagnenarbeit auszufüllen. Und wir müssen mit unseren inhaltlichen Angeboten öffentlich präsent sein – in den Printmedien, den modernen Medien und auf der Straße. Die Abgeordneten vor Ort, die Basis- und Ortsvorsitzenden müssen in ihrer Gemeinde und Stadt bekannt sein – sich bekannt machen über öffentliche Sprechstunden und Info-Stände. Wir wollen diese Aktivitäten wirksamer unterstützen – über Schulungen und inhaltliche Angebote. An den thematischen Parteitagstagen, wie die zur Sicherung des kommunalen Eigentums, der öffentlichen Daseinsvorsorge und zu den Kreisenergiewerken, sollten wir festhalten. Es wäre schön, wenn diese Veranstaltungen viel mehr als kreisliche Bildungsveranstaltungen genutzt werden. Ich möchte euch ermuntern an eurer **politischen Bildungsarbeit** festzuhalten – in allen Regionen finden Bildungsabende statt. Wir müssen diesen Schwerpunkt als Aufgabe und Notwendigkeit begreifen, um programmatische Grundsätze herunter zu brechen auf die kommunale Partei- und Mandatsebene. Es ist für eine Partei wichtig, ein hohes Maß an programmatischer und politisch-strategischer Übereinstimmung zu entwickeln, als Grundlage gemeinsamen Handelns. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, ein Parteiprogramm muss leben. Und bei aller

Vision muss ein Programm auch alltagstauglich sein. Unser Programm ist alltagstauglich. Allein an der Aussage, dass für DIE LINKE die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur und die Energiewirtschaft in öffentliche Hand gehören lassen sich ganze Bildungswochen bestreiten und mit den Themen Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Verkehr lebensnah verbinden.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Genossinnen und Genossen, man sagt, alles was nicht öffentlich wird, hat nicht stattgefunden. Ich kann euch aber sagen, dass wir aktiver sind, als man in der Presse über uns lesen kann. Und wir werden längst nicht mehr nur über die Presse wahrgenommen. Wir haben das besonders gemerkt, als wir eine Annonce geschaltet haben: „*Was die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming zur Haushaltsdebatte im Kreistag meint, lesen Sie unter: www.dielinke-tf.de und www.konni-wehlan.de*“ Bürgerinnen und Bürger suchen auch viel mehr Kontakt zu uns über unsere Kontaktadressen im Internet.

Wir sind fast tagesaktuell mit unseren Internetseiten. Das war auch ein großer Gewinn im Bürgermeisterwahlkampf von Maritta Böttcher und Carsten Preuß. Und, liebe Maritta, lieber Carsten, herzlichen Glückwunsch und ein großes Dankeschön an euch für die Superwahlergebnisse in Jüterbog und Zossen. Ihr und wir können mit Recht stolz sein. Fast bzw. mehr als doppelt so viele Stimmen wie für DIE LINKE zu den letzten Kommunalwahlen konntet ihr einfahren. Das beweist, wir hatten die richtigen Kandidaten, die richtigen Themen und in Zossen auch den langen Atem. Es hat nur nicht ganz gereicht. Wir haben ein Feld bestellt, was wir im September 2011 noch nicht ernten konnten. Und, wie die Wahl von dir Maritta zur Vorsitzenden des Hauptausschusses zeigt, hast du, um in landwirtschaftlichen Begriffen zu bleiben, bereits eine Zwischenfrucht angebaut. Und wie wir erfahren konnten, habt ihr auch schon ganz konkrete Vorstellungen für den Bürgermeisterkandidaten 2019. So stelle ich mir eine langfristige Personalentwicklung vor. Das sollte, das muss in den Orts- und Stadtverbänden Nachahmer finden. Wir haben uns auch alle gefreut, dass Ortwin Baier in Blankenfelde/Mahlow wieder gewählt wurde, den DIE LINKE unterstützt hat.

Aber zurück zur Öffentlichkeitsarbeit. Wir sollten uns auch in Zukunft auf unsere Stärken besinnen, darauf, was uns immer schon besonders wichtig war: Der persönliche Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, am Info-Stand, auf Landtour, in Sprechstunden. Ich hatte dazu schon gesprochen.

Gut gelingt uns die Informationsweitergabe über unseren großen E-Mail-Verteiler. Die Mitglieder des Kreisvorstandes, die Basisgruppen, die Kreistagsfraktion, Gebiete, Stadt- und Gemeindefraktionen werden so schnell mit aktuellen Informationen versorgt. Und das sowohl für Sofortinformationen vom Landesvorstand, der Landtagsfraktion aber auch innerhalb unseres Kreisverbandes. Es ist ein großer Vorteil, wenn unsere Multiplikatoren nicht erst aus der Zeitung von bestimmten Situationen und Zuspitzungen erfahren. Das werden wir beibehalten und weiter ausbauen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört aber auch die Kommunikation nach innen. Mit unserer Mitgliederzeitung „*LinksBlick*“, gelingt es uns immer besser eine zeitnahe aktuelle Information und Verständigung zu wichtigen Themen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu führen. Sie erfreut sich wachsender Beliebtheit – auch per E-Mail – und wir haben hier einen erheblichen Qualitätssprung erreicht. Ich möchte mich besonders bei euch liebe Tina, Petra, Christa, Rainer, Felix, Ingrid und Gabi bedanken.

Diese Arbeit wird auch im neuen Vorstand einen wichtigen Platz haben.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.